

Rede vom 18. September 2014	Drucksache 17 / 1817
Thema: Berlin braucht einen Neuanfang	
Dringlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke auf Annahme einer Entschließung	
Plenarprotokoll: 17-052	
URL: http://www.parlament-berlin.de/de/Dokumente/Plenarmaterialien	

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Wolf! – Für die CDU-Fraktion hat nun das Wort der Herr Abgeordnete Rissmann. – Bitte sehr!

Sven Rissmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Werte Kollegen der Grünen! Meine Damen und Herren der Links-fraktion! Das, was Sie hier offenbar nach der Sommer-pause als kraftvollen Aufschlag Ihrer Oppositionsarbeit verstanden haben wollten, richtet sich ziemlich eindeutig gegen Sie selbst – nicht nur diese drittklassigen Reden, die wir hier ertragen müssen.

[Beifall bei der CDU]

Alle diejenigen, die sich das erspart haben – und das hat die Stadtöffentlichkeit getan –, können Ihren ganz hervor-ragenden Antrag nachlesen. Ich habe in der Begründung eines Antrags selten so viele Allgemeinplätze gelesen wie in Ihrer Fassung.

[Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Warum lesen Sie Ihre eigenen Anträge nicht?]

„Alle Berliner sollen von der wirtschaftlichen Entwicklung profitieren.“ Das ist pure Revolution, meine Damen und Herren von der Linkspartei. Ganz großartig! „Die soziale Spaltung der Stadt ist zu verhindern.“ Das ist auch etwas ganz Neues. Wer will das nicht? „Die städtische Infrastruktur ist nicht auf Verschleiß zu fahren.“ Das ist etwas ganz Neues von den Grünen und auch schön. Es fehlt mir eigentlich nur noch, dass Sie etwas davon ge-schrieben hätten, was Sie immer wollen: dass die Sonne scheint und der Weltfrieden kommt und so weiter.

[Zurufe von den GRÜNEN]

Diese oberflächliche Begründung Ihres Antrags

[Katrin Lompscher (LINKE): Welche Begründung haben Sie gelesen? Hier gibt es gar keine Begründung!]

spricht schon gegen Ihren Antrag und entlarvt Ihr Vorgehen als das, was es ist, nämlich hilfloses Oppositionsgezucke. Sie reagieren hilf- und planlos, anstatt hier den Versuch zu unternehmen, einmal zu agieren. Sie sind nur ein Hauch von Opposition. Das ist staatspolitisch bedenklich. Das wäre vielleicht ein Grund für Neuwahlen, weil die Stadt, demokratietheoretisch betrachtet, auch eine gute Opposition braucht. Das sind Sie keinesfalls.

[Beifall bei der CDU]

Sie sind vollkommen unvorbereitet auf diese Situation.

[Zurufe von den Grünen]

Sie haben jetzt einmal alles niedergeschrieben. Herr Wolf hat – ich habe einen Zwischenruf gehört, mittelbegabt populistisch – einmal all das gesagt, was Sie immer sagen wollten, aber ganz wichtig, möglichst allgemein. Konkret kann es nicht sein, weil Ihre Parteien selbst so zerstritten sind, dass Sie gar nicht in der Lage sind, konkrete Forderungen zu formulieren. Ihr Grünen müsst erst einmal eine Mediationsrunde machen, um die 58 Strömungen in eurer Partei zusammenzubekommen, bis Ihr einmal in der Lage seid, eine konkrete Meinung zu formulieren.

Dass ein Regierungschef nach so langer Amtszeit wie der Regierende Bürgermeister im Lauf einer Wahlperiode zurücktritt, um einen geordneten Übergang zu ermöglichen,

[Ramona Pop (GRÜNE): Geordneter Übergang war das richtige Stichwort!]

ist Normalität in der bundesrepublikanischen Geschichte und ist überhaupt nichts Spektakuläres. Dass eine Partei wie die SPD dann einen Weg findet, die Nachfolge zu regeln, ist auch einfach normal. Ihr Antrag dagegen ist pure Heuchelei.

[Zuruf von Joachim Esser (GRÜNE)]

Wenn Sie ernsthaft vorgezogene Neuwahlen wollten – der Kollege Schneider hat mich gebeten, Sie in Verfassungsrecht ein wenig zu unterrichten, das scheint mir leider auch nötig zu sein, obwohl Sie mit Herrn Lederer und mit Herrn Behrendt durchaus Rechtsgelehrte bei sich haben –, bringt Ihr dringlicher Antrag auf Einreichung einer EntschlieÙung gar nichts.

[Steffen Zillich (LINKE): Wie ist das denn verfassungsrechtlich mit der Mitgliederbefragung?]

Selbst wenn dieser Antrag hier eine Mehrheit bekäme, würde gar nichts passieren. Es würde nichts passieren, wenn Ihr Antrag heute eine Mehrheit bekäme. Es wäre vollkommen wirkungslos. Für vorgezogene Neuwahlen sieht unsere Verfassung eine Regelung in Artikel 54 Abs. 2 vor.

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Dr. Lederer?

**Sven Rissmann (CDU):
Bitte, Kollege Dr. Lederer!**

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:
Bitte!

Dr. Klaus Lederer (LINKE):

Lieber Herr Kollege! Da wir gerade bei Verfassungsrecht und bei Belehrungen sind: Können Sie mir erklären, wie Sie ohne eine Verfassungsänderung eine verbindliche Bürgerbefragung zu Olympia machen werden? Das ist wirklich einmal interessant.

[Beifall bei der LINKEN – Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und den PIRATEN]

Ich habe heute in der Zeitung gelesen, dass Sie das machen wollen. Bisher gab es eine gänzlich andere Rede. Können Sie mir das einmal erklären?

**Sven Rissmann (CDU):
Herr Lederer! Sie werden mir zugestehen, dass ich jetzt erst einmal bei der Sache bleibe und meinen Gedanken zu Ende führe.**

[Unruhe bei den GRÜNEN und bei der LINKEN – Steffen Zillich (LINKE):
Ach so!]

Artikel 54 Abs. 2 unserer Landesverfassung sieht vor, dass das Abgeordnetenhaus mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder beschließen kann, die Wahlperiode vorzeitig zu beenden. Ich stelle fest, dass Sie hier einen Jahrmarkt veranstalten. Sie machen Klamauk. Sie verschwenden unsere Zeit, statt über wirklich wichtige Themen zu sprechen, weil Sie nämlich im Kern Neuwahlen fürchten. Sie wollen die gar nicht, sonst würden Sie einen richtigen Antrag stellen. Warum stellen Sie keinen Antrag im Sinne von Artikel 54 Abs. 2 unserer Landes-verfassung, sondern solch einen Entschließungsjahrmarktsquatsch, der überhaupt gar nicht vorgesehen ist?

Vielleicht liegt es auch daran, dass die Einsicht bei den Grünen doch vorhanden ist, von der in Artikel 54 Abs. 2 genannten qualifizierten Zweidrittelmehrheit so weit entfernt zu sein, wie die Kreuzberger Grünen von Regierungsfähigkeit.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass selbst die Piraten, die sonst für alles zu haben sind, bei diesem Klamauk nicht mitmachen.

[Zurufe von den PIRATEN]

Jetzt könnte ich sagen: Die Regierungskoalition dankt Ihnen, meine Damen und Herren von den Piraten, für Ihr ausgesprochenes Vertrauen in unsere Arbeit. Vielleicht denken Sie aber auch darüber nach, was mit Ihnen passieren würde, wenn Neuwahlen einträten.

[Beifall bei der CDU – Heiterkeit]

Entscheidend ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Berliner, der Souverän, gar keine Neuwahlen wollen. Es gäbe einen weiteren Weg über die Landesverfassung, nämlich Artikel 54 Abs. 3, den Volksentscheid. Es soll so einen geben. Der ist kraftlos, dass nicht einmal mehr die Medien darüber berichten. Die Berliner wollen, dass wir alle – im Übrigen auch Sie, meine Damen und Herren der Opposition – unsere Pflicht tun, unsere Aufgabe erledigen und unsere Themen abarbeiten. Ganz materiell betrachtet gibt es für Neuwahlen nur immer dann einen Grund, wenn eine Regierungskoalition oder eine Regierung nicht mehr handlungsfähig ist. Wir sind handlungsfähig. Wir haben in diesem Haus eine stabile Mehrheit, die wir jedes Mal unter Beweis stellen. Sie machen es uns auch leicht, eine stabile Mehrheit zu haben, weil bei dem Quatsch, den Sie anbieten, die Mehrheit auch nicht gefährdet ist.

[Zurufe]

Der Senat arbeitet mit einer klaren Mehrheit und ist handlungsfähig. Deshalb gibt es bei materieller Betrachtung keinen Grund, über Ihr Neuwahlgeplärre ernsthaft weiter nachzudenken, auch deshalb, weil Sie es ehrlicherweise gar nicht wollen. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Rissmann! – Für die Piratenfraktion hat jetzt das Wort der Herr Abgeordnete Delius.-